

Buchbesprechungen

Sozialistische Demokratie im Industriebetrieb¹⁾

Der Situation der Werktätigen in der DDR kann man durch den Versuch näher kommen, Recht und Praxis der DDR so zu verstehen, wie sie sich selbst interpretieren. Ein Urteil über das Verhältnis dieser Interpretation zur Realität kann selbstverständlich nicht wagen, wer die Praxis nicht kennt. Eine Interpretation mit Hilfe bundesrepublikanischer Maßstäbe würde den Gegenstand verfehlen. Eine vergleichende Betrachtung einzelner Erscheinungen und Regelungen mit nicht sozialistischer Praxis ist kaum sinnvoll. Kurz vor und seit Erscheinen der Schrift von *Rüthers*¹⁾, die den Komplex der sozialistischen Demokratie im Industriebetrieb und damit ein Kernstück der verwirklichten sozialistischen Ordnung nur recht knapp behandelt hat, sind mehrere Publikationen in der DDR erschienen, die das Verständnis fördern.

Da das Privateigentum an den Produktionsmitteln längst abgeschafft ist, kann die Frage nach Demokratisierung anders als unsere Frage nach Mitbestimmung nicht auf ein Instrument zur Bändigung „privater“ Eigentumsmacht oder Legitimation der Unternehmensleitung abzielen. Die Frage steht vielmehr im Kon-

text sozialistischer Prinzipien. Und es geht — in Formulierungen *Lenins* — nur um die Fähigkeit praktischer Organisation, um die Organisierung der tiefsten, der ökonomischen Grundlagen von Millionen auf neue Art. Erst nach Lösung dieser Aufgabe könne man sagen, daß Rußland — und dies gilt auch für die DDR — eine sozialistische Republik geworden ist. Nicht mehr das erledigte „Ob“, sondern das „Wie“ der Neugestaltung ist also entscheidend.

Unter den maßgeblichen Prinzipien sind hervorzuheben der demokratische Zentralismus; die Maßgeblichkeit der objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus, die es mit wissenschaftlichen Mitteln zu erkennen und durch Planung und Leitung (und deshalb ökonomisch zentral) zu verwirklichen gilt; die Deutung der sozialistischen Eigentumsordnung als Verhältnisse assoziierter Produzenten, die frei

1) Zu der Schrift mit gleichem Titel von Johannes Ellinger und Werner Scholz, Staatsverlag der DDR, Berlin 1972, 149 S. Weiter wurden diesem Bericht zugrunde gelegt: Lehr- und Studienmaterial zum Wirtschaftsrecht, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Heinz Such und Rolf Schüsseler, bisher 5 Hefte, Staatsverlag der DDR, 1972 ff.; Gerhard Kirmse/Gerhard Kirschner/Walter Rudelt, Die arbeitsrechtliche materielle Verantwortlichkeit des Werktätigen, Verlag Tribüne, Berlin, 1973, 359 S.; S. J. Kamenizer, Zur Leitung der Industrieproduktion in der UdSSR (Übersetzung aus dem Russischen), Dietz Verlag, Berlin 1973, 346 S.; Bernd Rüthers, Arbeitsrecht und politisches System, Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main, 1973, 178 S.

von Ausbeutung in schöpferischer Tätigkeit für sich selbst als Produzenten, Eigentümer und Konsumenten in ökonomische Beziehungen treten; das hiermit harmonisierende sozialistische Leistungsprinzip, dem arbeitsrechtlich die Pflicht zur Arbeitsdisziplin entspricht, d. h. Pflicht zum Schutze des sozialistischen Eigentums, zu voller Ausnutzung von Arbeitszeit und Produktionsmitteln und zu Sparsamkeit.

Die zentrale Planung und Leitung ermöglichen nicht nur Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse objektiver Gesetzmäßigkeiten in die Praxis, sondern sie vermitteln zugleich die Übereinstimmung individueller Interessen und gesellschaftlicher Bedürfnisse, indem sie davon ausgehen, daß sich individuelle Interessen an wachsendem Wohlstand nur über größere und bessere Leistungen realisieren lassen. Weiteres hervorragendes Mittel zur Verwirklichung der Leistungsziele ist zunächst die den Organisationen sowie den Betriebsleitern obliegende Förderung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Werktätigen, die ihre Rolle als verantwortliche Eigentümer erkennen und sich ihre Pflichten und Interessen klarmachen müssen. Wichtig ist ebenso die Entwicklung fachlicher Qualifikation der Werktätigen, die es erlaubt, deren Tätigkeiten für die Gesellschaft optimal auszunutzen; Förderung der Qualifikationen ist deshalb wesentliche Aufgabe auch der Betriebsleitungen.

Im damit skizzierten Kontext ist es verständlich, daß der sozialistische Wettbewerb als wichtigstes Instrument sozialistischer Betriebsdemokratie eingesetzt wird. Er setzt voraus, daß die Leitung der Betriebe den Werktätigen entsprechend ihrer Qualifikation bestimmte Aufgaben und Verantwortungen zuteilt. Er ermöglicht zugleich die Entfaltung der individuellen schöpferischen Kräfte in der Arbeit und entspricht damit dem auf die Menschen bezogenen Anliegen des Sozialismus. Im Zusammenhang hiermit sind zu sehen die ehrenamtlichen Tätigkeiten unzähliger Werktätiger in verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen, die dort entspre-

chend ihren Fähigkeiten an Projekten zur Förderung der Produktion mitwirken, und die Neuerertätigkeiten innerhalb der Betriebe. Leistungen im sozialistischen Wettbewerb gereichen den Werktätigen zur Ehre, sind Inhalt moralischer Pflicht und rechtlicher Bindung, aber auch Ausdruck freiwilliger und bewußter Verwirklichung der sozialistischen Arbeitsdisziplin. Dabei geht es im sozialistischen Wettbewerb nicht nur um rationale Verwendung der Grundfonds und der Produktionsmittel, sondern auch um volle Ausnutzung der Arbeitszeit, um Sparsamkeit und den Ausschluß jeder Vergeudung von Material, Sachwerten und Geld. Betriebsdemokratie bedeutet demnach im System der DDR zuvorderst, daß jeder Werktätige am Arbeitsplatz seinen optimalen Beitrag zur Verwirklichung der am gesellschaftlichen und individuellen Nutzen orientierten zentralen Planziele leistet.

Selbstverständlich existieren auch institutionelle Vorkehrungen für die Verwirklichung sozialistischer Demokratie in den Betrieben. Wichtiger als deren Einzeldarstellung ist die Antwort auf die Frage, warum diese Einrichtungen, also auch Gewerkschaft, ihr Wirken auf die Erfüllung der zentral definierten Planziele konzentrieren; warum es zu den wichtigen gewerkschaftlichen Aufgaben gehört, „die Werktätigen am Beispiel ihrer praktischen Erfahrungen sozialistische Disziplin, sozialistisches Verhalten zur Arbeit und zum gesellschaftlichen Einsatz zu lehren“²⁾; warum die gewerkschaftliche Aufgabe der Interessenwahrnehmung sich auch auf das Erwecken des Bewußtseins erstreckt, daß eine Verbesserung von Einkommen und Lebensstandard höhere Leistungen (im sozialistischen Wettbewerb) erfordert. Der Begriff des demokratischen Zentralismus bringt ebenso wie die zentrale Wirtschaftsplanung sinnfällig zum Ausdruck, daß Sozialismus Vergesellschaftung der maßgeblichen, insbesondere ökonomischen Zielsetzungen einschließt und einschließen

²⁾Direktive des VIII. Parteitags der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971—1975 (Berlin 1971), S. 151; zitiert nach Kirmse/Kirschner/Rudelt, a. a. O., S. 11.

muß. In einem so definierten, antagonistische Widersprüche ausschließenden System wäre es widersinnig, wenn die maßgeblichen gesellschaftlichen Kräfte auf etwas anderes als die Verwirklichung der gesellschaftlichen Ziele hinwirken sollten, die sich aus zentralen Planungsentscheidungen ergeben. Gewiß schließt dies nicht Einwirken auf die Betriebsleitung aus, auch nicht Kontrolle. Aber stets geht es bei Einwirkungen auf Leitung wie auf Werk tätige um das verantwortliche Mitwirken an der Realisierung der Planziele des sozialistischen Staats.

Dem entspricht es durchaus, daß die BPO (Betriebsparteiorganisation) bei der Verwirklichung betrieblicher Demokratie als Institution die Hauptrolle spielt, als Teil der im sozialistischen Staat nun einmal hervorragenden und führenden Kraft. Sie tut dies, „indem sie mit der Ausarbeitung eines wissenschaftlich begründeten Standpunkts zum Volkswirtschaftsplan und zur Entwicklung des Betriebes den gesellschaftlichen Organisationen und Kräften eine einheitliche, auf Schwerpunkte gerichtete Orientierung vorgibt. Die Betriebsparteiorganisation muß ferner sicherstellen, daß die gesellschaftlichen Kräfte auf dieser Grundlage mit den für ihre Organisation spezifischen Methoden und Formen der Überzeugung und des Arbeitsstils ihre Mitglieder zur Verwirklichung der von der Parteiorganisation gesetzten Ziele mobilisieren.“

In Spezialfragen unterstützt von „Ständigen Produktionsberatungen“ und „Neuereraktiven“ erfüllt die Gewerkschaftsorganisation zunächst eine allgemein politische Funktion, indem sie die gesamte Arbeiterklasse und die anderen Werk tätigen beim Kampf um die weitere Festigung des sozialistischen Staates einbezieht und dabei ihr klassenbewußtes Denken und Handeln fördert. Sie wirkt als Schule sozialistischer Erziehung und stellt die Verbindung der Partei zu den Massen her. Im ökonomischen Bereich wirkt sie für gesteigerte Planerfüllung, die als Klassenpflicht zu begreifen ist. Sie regt aktive Mitwirkung der Werk tätigen im Betrieb

an und sorgt gegenüber dem Betriebsleiter dafür, daß die Anregungen der Werk tätigen zur Geltung kommen. Sie fördert den sozialistischen Wettbewerb und bringt zur Geltung, daß der zentrale Plan die gesellschaftlichen Interessen und individuellen Bedürfnisse versöhnt. Dies tut sie, indem sie sich bei der Planvorbereitung gegen weiche Betriebspläne zur Wehr setzt.

Wir müssen hier auf Aufzählung weiterer Aufgaben und Angaben über institutionelle Vorkehrungen verzichten, um noch eine Schlußfolgerung versuchen zu können. Westliche Aussagen zu Einzelregelungen sozialistischer Betriebsdemokratie lassen mitunter ein Mindestmaß an Verständnis für den Zusammenhang vermissen, in dem solche Regelungen und Praktiken stehen. Bei aller Abweichung ihres Systems vom Recht anderer sozialistischer Staaten in Einzelfragen kann das System der DDR, auch hinsichtlich der Betriebsdemokratie, als Beispiel für das genommen werden, was Sozialismus einschließt, wenn er im ökonomischen Bereich nicht zum Scheitern verurteilt werden soll. Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln als eines Instruments von Macht und einseitiger Interessenwahrnehmung (Ausbeutung) hat nur Sinn, wenn verhindert wird, daß sich neue Machtpositionen bilden, die einseitige Interessenwahrnehmung erlauben. Soll der wirtschaftliche Prozeß nicht gleichzeitig steuerungslos und ineffizient bleiben und sollen die für eine sozialistische Gesellschaft essentiellen gesellschaftlichen Ziele mit individuellen Bedürfnissen vermittelt werden, so bieten sich nun einmal Zentralismus und Planung und Mitwirkung der gesellschaftlichen Kräfte sowie Wetteifern aller Beteiligten beim Vollzug der gesellschaftlichen Ziele als Instrument an. Dies schließt weder gewisse Marktmechanismen oder Dezentralisierungen noch Initiativen in den Betrieben als Beitrag zur Planung und Zielsetzung sowie zur Kontrolle ihres Vollzugs aus. Aber einem System, welches namentlich in der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln die Grundlage für die Beseitigung antagonistischer Widersprüche sieht und

sich objektiven ökonomischen Gesetzen verpflichtet weiß, kann man nicht zumuten, daß es Betriebsdemokratie als Instrument zäun Austragen von Widersprüchen oder Interessengegensätzen konzipiere. Es kann sie nur als Mitwirkung jedes einzelnen und der verantwortlichen gesellschaftlichen Kräfte an den gesellschaftlichen Aufgaben gestalten und so Partizipation und Selbstverwirklichung zu realisieren versuchen.

Dies alles schließt weder die Fragwürdigkeit der Prämissen noch Widersprüche zwischen Ideologie und Praxis aus. Hier ging es aber — dies sei noch einmal betont — nur um den Versuch, die sozialistische Betriebsdemokratie aus ihren eigenen Prämissen und dem Kontext ihrer Prinzipien auf Grund neuerer Publikationen verständlich zu machen.

Prof. Dr. Ernst Steindorff

Gerald Stieg / Bernd Witte

Abriß einer Geschichte der deutschen Arbeiterliteratur

Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1973,
200 S., kart., 8,30 DM

In der FA2 (13. 4. 1974) schrieb *Martin Gregor-Dellin*: „Bisher gibt es keine Untersuchung, die das Problem ‚Arbeitswelt in der Literatur‘ in einen größeren historischen Zusammenhang gebracht hätte. Alle Theoretiker setzen zu spät ein und tun so, als gäbe es eine Literatur der Arbeitswelt erst seit dem Bestehen der Dortmunder Gruppe 61.“ Dieses Urteil ist falsch. Es gibt das Buch „Arbeiterdichtung. Analysen — Bekenntnisse — Dokumentationen“, Hammer-Verlag, Wuppertal 1973, und es gibt das hier besprochene Buch.

Dieser „Abriß“ entstand aus einer Seminarreihe am Institut d’Allemand der Universität Paris. Das ist erstaunlich. Wo an einer deutschen Universität beschäftigt man sich ähnlich intensiv mit der Arbeiter-

literatur? Viele deutsche Literaturwissenschaftler (und auch Kritiker) lassen diese Literatur links liegen. Sie ordnen die Arbeiterliteratur gern der Trivilliteratur zu.

Dieses Buch überzeugt. Auf 200 Seiten findet sich eine Fülle an Material, Gedanken und literarischen Beispielen. *Stieg/Witte* machen darauf aufmerksam, daß die frühe deutsche Arbeiterliteratur fast völlig in Vergessenheit geraten ist. Das hatte vorwiegend politische Gründe. Da gab es die „Arbeiterdichter“, die sich an die SPD anlehnten, und es gab die revolutionär eingestellten Autoren, die mit der KPD verbunden waren und die 1928 den Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller gründeten. Der Nationalsozialismus schaltete beide Gruppen aus. Es konnte sich keine Tradition bilden. „Die mangelnde Einsicht in den geschichtlichen Zusammenhang der Arbeiterliteratur verhinderte auch eine einheitliche Definition des Begriffs“ (S. 11). Wesentlich für die Arbeiterliteratur ist: Sie steht in enger Verbindung zur politischen Arbeiterbewegung, und Arbeiterliteratur grenzt sich ab von der „schönen Literatur“, es ist Literatur, die „Arbeitern ihre Lage bewußt machen“ und die Gesellschaft verändern will.

Das Buch ist vorzüglich gegliedert. Es hat keine Längen. Im 1. Kapitel wird die Arbeiterliteratur bis zum 1. Weltkrieg untersucht, wobei die Auseinandersetzung um den Naturalismus größeren Raum einnimmt. Den Anfang der Arbeiterlyrik sehen die Autoren im anonymen Weberlied von 1844. Wichtig für die Entwicklung der Arbeiterliteratur wurde das Ringen innerhalb der SPD um eine sozialistische Kultur. Auf dem Gothaer Parteitag von 1896 fiel die Entscheidung zugunsten der Übernahme der großen Werke bürgerlicher Kunst. *Franz Mehring* und andere geistige Führer der SPD lehnten eine „Tendenzkunst“ scharf ab. *Stieg/Witte* sprechen von einem „Unverständnis der sozialistischen Literaturtheorie für die von den Arbeitern geschriebenen Werke“ (S. 21).

Ausführlich behandelt werden Formen und Inhalte der frühen Arbeiterliteratur.

„Allegorie ist die Grundform der Arbeiterlyrik“, Pathos ist weitverbreitet, es wird ein Bezug hergestellt zur revolutionär-bürgerlichen Freiheitsdichtung. „Der ursprüngliche bürgerliche Forderungskatalog wird als Waffe gegen die Bourgeoisie übernommen“ (S. 36).

Weitere Abschnitte des 1. Kapitels behandeln das frühe Arbeitertheater (wichtige Werke werden vorgestellt und gewürdigt), die ersten sozialistischen Romane und die frühen Arbeiterautobiographien.

Im Kapitel „Arbeiterliteratur in der Weimarer Republik“ werden die Zusammenhänge zwischen Arbeiterdichtung und SPD/Gewerkschaften und die zwischen KPD und der Arbeiterkorrespondentenbewegung untersucht. Damals bildete sich als spezifische Gattung das Sprechchorwerk heraus. Andere Themen sind das Arbeitertheater in der Weimarer Republik und der „sozialistische Realismus“.

Sorgfältig bearbeitet sind die Kapitel, die die Entwicklung der Arbeiterliteratur in der Bundesrepublik und in der DDR darlegen: Die „Greif-zur-Feder-Kumpel“-Bewegung, die Gründung der Dortmunder Gruppe 61 und die Herausbildung der Werkkreise Literatur der Arbeitswelt. Umfangreiche Informationen und ausgewogene Urteile stechen hier hervor.

In den letzten Jahren haben die kämpferischen Texte zugenommen, eine Abkehr von den klassischen Metaphern und Schlagworten wurde vollzogen. Wir stehen im einer Wendung zu einem neuen Realismus. Die neue Arbeiterliteratur „bewegt sich zwischen politischem Engagement und individuellem Widerstand“. Die Entwicklung geht in „Richtung auf die operative Form zu“ (S. 152). Modell dafür sind *Wallraffs* Reportagen.

Die Industrieromane *Max von der Grüns* und *Bruno Gluchowskis* werden in diese Untersuchung einbezogen, die den Bogen vom Frühkapitalismus bis in unsere Tage schlägt.

Ein gelungenes Buch, wohl das beste seiner Art. Den Autoren gelingt es, ein weitverzweigtes Thema zu bändigen, es

knapp und verständlich an den Leser zu bringen. Es werden alle Epochen und alle Ausdrucksformen der Arbeiterliteratur behandelt, alle wichtigen politischen Strömungen werden berücksichtigt. Und die Beispiele und Textproben werden gewiß manchen Leser anregen, sich künftig stärker mit dieser Literatur zu beschäftigen und auch einmal die Originale lesen zu wollen.

Walter Köpping

Hermann Langbein

Menschen in Auschwitz

Europa-Verlag, Wien 1972, 608 S., 65,— DM.

Günter Grass hat in einem Interview geäußert: „Man kann sagen, daß Auschwitz, um das als Zeichen für dieses Millionen-Verbrechen zu setzen, eben nicht bedeutet hat, daß die Welt von solcher Verquickung von Politik und Verbrechen Abstand nimmt. Eine Verlängerung von Auschwitz, der Völkermord, lebt bis in unsere Tage hinein. Die Tendenzen . . . richten sich nur gegen andere Gruppen.“ (Das Deutsche Bildungsmagazin, Nr. 10, 1972.)

Auschwitz ist bisher kein zweitesmal mit der Perfektion des Nazireiches wiederholt worden, das bedeutet jedoch leider nicht, daß dies nie wiederholbar sein werde. Diesen Prototyp der Vernichtungsmaschinerie endlich systematisch darzustellen, war notwendig, wenn nicht unerläßlich. Prof. Dr. *Eugen Kogon* ist es zu danken, daß einem der wenigen überlebenden „Augenzeugen“, der bei der Realisierung eines solchen Unterfangens auch die wichtigste Voraussetzung mitbringt, um die erforderliche Wissenschaftlichkeit mit Erleben zu verbinden, nach jahrelanger Arbeit die Veröffentlichung dieser Dokumentation ermöglicht werden konnte. (Der Autor ist bekannt durch seine zweibändige Dokumentation über den Frankfurter Auschwitz-Prozeß und eine Reihe weiterer Schriften. Er war selbst Häftling in Auschwitz von 1942 bis 1944.)

Unter dem schlichten Titel „Menschen in Auschwitz“ verbirgt sich eine detaillierte

und vielschichtige Auseinandersetzung mit Grenzsituationen des Menschlichen, wie sie unwiederholbar erscheinen. Was das Buch von allen bisher zu ähnlichen Themen erschienenen Schriften wesentlich unterscheidet, ist die Tatsache, daß es nicht nur eine Zusammenfassung von Erfahrungen, sondern auch eine Darstellung der Probleme sowohl von Hunderttausenden von Gefangenen als auch ihrer rund 7000 Bewacher und vieler Zivilisten bringt. Ohne Zweifel ist gerade der Teil am interessantesten, der sich mit einer Analyse der „Wächter“ befaßt, die keineswegs als Teufel oder Sadisten erscheinen, sondern zumeist als normale un'd auswechselbare Menschen, die — zu Tausenden — von einem totalitären System in kurzer Zeit zu Werkzeugen des Vernichtungsapparates pervertiert werden konnten. Sie erhielten und erfüllten den Auftrag, Millionen von unschuldigen Menschen zu töten, wie man Ungeziefer vertilgt. Die Zivilisten in ihrer unmittelbaren Umgebung schienen nicht zu bemerken und zu wissen, was sie damals weder bemerken noch wissen durften.

Aus der Distanz eines Vierteljahrhunderts hat Langbein die gesamte erreichbare Literatur der deutschen, englischen, französischen, holländischen (soweit Übersetzungen vorhanden sind auch die italienischen, tschechischen und polnischen) Sprachbereiche zu diesem Komplex verwertet — seine Bibliographie umfaßt einige hundert Titel —, aber auch unveröffentlichte Quellen, eigene Erfahrungen, zahlreiche Gespräche und Korrespondenzen mit „Überlebenden“ sowie eigene Beobachtung von Prozessen gegen „Mitschuldige“ von damals sind hier zu einer soziologisch-psychologischen Studie verarbeitet.

Es ist noch nicht abzuschätzen, welche politisch-pädagogische Bedeutung einem Werk solcher Art künftig zukommen wird, da neue Literatur über das Terror-System des Hitlerreichs bei deutschen Lesern zur Zeit nicht so leicht Zugang findet. Da es eine Lücke schließt, die seither diese Gesamtdarstellung des eigentlichen Vernichtungsapparates trotz umfangreicher KZ-Literatur vermissen ließ, sollten Universi-

täten, Schulen, Büchereien und Stätten der Erwachsenenbildung eine derartige Dokumentation verfügbar halten, die zur Unterrichtung einer breiteren Öffentlichkeit und vor allem der Warnung vor jedem politischen System, das auch nur annähernd Schrecknisse wie diese hervorrufen oder bewirken könnte, für alle Zeiten dienen würde.
Hety Schmitt-Maas

Fritz Vilmar (Hrsg.)

Menschenwürde im Betrieb — Modelle der Humanisierung und Demokratisierung der industriellen Arbeitswelt

Reinbek 1973, 272 S., rororo-aktuell Bd. 1604, 5,80 DM

Auch unter kapitalistischen Produktionsbedingungen bestehen schon nennenswerte, zum Teil mit Erfolg praktizierte Konzepte und Modelle, um die industrielle Arbeit im betrieblichen und überbetrieblichen Bereich demokratischer, d. h. von der Zustimmung, Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitenden abhängiger zu machen. Sie zeigen, daß menschenunwürdige — von den Grundrechten in unserem Grundgesetz weit entfernte — Fremdbestimmung und Monotonie in der Sphäre industrieller und administrativer Arbeit keineswegs unveränderbar und unabwendbar sind. Die meisten der dazu heute vorhandenen Konzepte, wie sie in verschiedenen Ländern bereits erprobt werden, sind jedoch weithin unbekannt, stehen isoliert voneinander und befinden sich häufig im Widerstreit theoretisch-politischer Auseinandersetzungen.

Eine Bestandsaufnahme ist erstmalig auf einer internationalen Arbeitstagung „Menschenwürde im Betrieb“ unter Leitung von *Fritz Vilmar* von der Carl-Backhaus-Stiftung und der Hochschule für Wirtschaft und Politik im März 1972 in Hamburg gemacht worden. In insgesamt zwei Bänden stellt Vilmar die wichtigsten Referate, Diskussionen und Dokumente vor. Der vorliegende erste Band faßt betriebsdemokratische Modelle zusammen. Ihm wird ein weiterer unter dem Titel

„Industrielle Demokratie in Europa“ folgen, der Konzepte gesamtwirtschaftlicher Demokratisierung zum Inhalt hat.

Begrüßenswert ist die Tatsache, daß die Tagungsergebnisse als Taschenbuch erschienen sind und dadurch auch für einen Kreis von Betroffenen außerhalb des universitären Bereiches, interessierten Arbeitern, Vertrauensleuten und Betriebsräten erschwinglich und zugänglich sind.

Das Buch beginnt im ersten Kapitel mit zwei einführenden Aufsätzen von Vilmar: „Menschenwürde — Sachzwänge — Strategien der Demokratisierung“ und „Betriebsdemokratische Strategien in Westeuropa“. Die weiteren Kapitel bringen die Referate und Diskussionen zu den einzelnen Themenkreisen der Tagung: Umgestaltung der Arbeitsorganisation (2. Kapitel) u. a. mit Beiträgen von *Kaminsky* (Menschengemäße Gestaltung der Arbeitsumgebung), *Schweres* (Das Arbeitswissenschaftliche Team der Salzgitter-Hüttenwerke, mit Beispielen humaner Arbeitsplatzgestaltung), *Jungbluth* (Die Bedeutung des neuen Betriebsverfassungsgesetzes für die Arbeitswissenschaft) und *Thorsrud* (Demokratisierung der Arbeitsorganisation); Mitbestimmung am Arbeitsplatz (3. Kapitel) mit Beiträgen von Vilmar (Mitbestimmung als Element einer Strategie der Wirtschaftsdemokratie) und *Fürstenberg* (Die Bedeutung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz für die industrielle Demokratie); Modelle der Gegenmachtbildung (4. Kapitel) mit Berichten von *Oehlke* (Betriebsbesetzungen in Großbritannien) und *Albers* (Streik für humanere Arbeitsbedingungen bei Alfa Romeo); Genossenschaftliche Unternehmensmodelle (5. Kapitel) mit Darstellungen von *Blum* (Das Beispiel Scott Bader), *Geißler* (Die Beispiele Ahrensburg und Süßmuth) und *Porst* (Vermögensbildung und Selbstbestimmung der Arbeitenden).

Recht informativ für den betrieblichen Praktiker sind vor allem die Berichte der Arbeitswissenschaftler *Kaminsky* und *Schweres*. Sie zeigen zum einen an konkreten Beispielen Möglichkeiten auf, wie mit Hilfe wissenschaftlicher Forschung und

Erkenntnisse besonders schwere, belastende Arbeitsbedingungen verändert werden können, zum anderen lassen sie auch erkennen, daß sie ohne Erfahrungs- und Informationsaustausch nach unten zu den Betroffenen in den Betrieben — Arbeitswissenschaftler werden in der Regel bisher nur auf Betreiben des Managements tätig — leicht ins technokratische Fahrwasser abgleiten, wenn sie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen industrieller Arbeit außer acht lassen und dabei die „Neutralität“ ihrer Wissenschaft betonen.

Erwähnenswert ist das Referat von *Fürstenberg*. Er hebt an Hand einiger Beispiele hervor, wie wichtig es ist, die Demokratisierungsprozesse im Betrieb mit den Arbeitern zusammen schrittweise durchzusetzen und sie daran zu beteiligen; denn nur so können gesellschaftliche Veränderungen von Bestand sein. Allein mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist bisher „nicht automatisch der neue Mensch geschaffen worden“ (S. 184).

Die Erfahrungen mit teilautonomen Gruppen in Skandinavien, über die *Einar Thorsrud* berichtete, stellen die weitestgehende Form der Demokratisierung im Betrieb und am Arbeitsplatz dar. Nach *Thorsrud* soll es innerhalb der autonomen Arbeitsgruppe möglichst keine feste Arbeitsteilung geben, sondern alle Gruppenmitglieder sollen in der Lage sein, alle Aufgaben lösen zu können, auf die die Gruppe spezialisiert ist. Diese Organisationsform gibt jedem einzelnen die Chance, sich beruflich weiter zu qualifizieren und neue Arbeitsmethoden zu erlernen; dabei erhält er außerdem einen Überblick von einem größeren Bereich des innerbetrieblichen Produktionsablaufes und kommt aus der bisher isolierten Arbeitssituation heraus. Die neuen Arbeitssysteme veränderten auch die Rolle der Vorarbeiter; denn sie beinhalten ja gerade, jeden zu seinem eigenen Vorarbeiter zu machen. Der Vorarbeiter ist zwar nicht verschwunden, doch wurde er an Stelle des Aufsehers zum Koordinator des Arbeitsablaufs. Außerdem wurde der hierarchische Dienstweg abgeschafft, so daß sich

nun jeder direkt an die zuständige Instanz wenden kann. Wesentlicher Bestandteil des neuen Systems ist die ständige Information der Belegschaft über die Entwicklung der Produktion, der Löhne und der Investitionen des Betriebes.

Politisch kurzsichtig wäre es, die beschriebenen Modelle abzulehnen, weil sie nicht unmittelbar „systemüberwindend“ sind, das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht aufheben. Die Erweiterung der Kompetenzen am Arbeitsplatz hat in der Tat eine starke progressive politische Bedeutung; denn sie schafft nicht nur physische und psychische Arbeitserleichterungen und humanisiert für den einzelnen Arbeiter die Arbeitsbedingungen, vielmehr gibt sie in den autonomen und teilautonomen Gruppen dem Arbeiter die Möglichkeit, zunächst im Bereich des eigenen Arbeitsplatzes Entscheidungen zu fällen und dadurch die lähmende Arbeitssituation des unmündig gehaltenen Befehlsempfängers zu überwinden. Daneben wird der Bezugsrahmen erweitert, und Kontakte der Gruppenmitglieder untereinander sind während des Arbeitsablaufs möglich. Gerade bei den Experimenten in Skandinavien kann jeder Arbeiter in der Gruppe den Produktionsablauf in seinen einzelnen Bestandteilen zusammenhängend erkennen und dabei verantwortlich zu handeln lernen. Dadurch wird solidarisches Handeln eher möglich als an den herkömmlichen isolierten Arbeitsplätzen. Außerdem schaffen umfassendere Tätigkeiten auch die Voraussetzung für das Denken in komplexen Zusammenhängen. Diese Chancen müssen von den Gewerkschaften erkannt und genutzt werden; denn nur so kann die Befriedungs- und Verschleierungsfunktion, die die Modelle zum Teil noch haben, ins Gegenteil gewendet werden: Wenn sowohl die Arbeitsorganisation verändert als auch die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und damit auch Herrschaftsverhältnisse über Menschen eingeschränkt und abgebaut werden. Beides gehört unauflösbar zusammen; denn durch die gesellschaftliche Kontrolle der Produktionsmittel allein sind die Arbeit-

den noch nicht von Ausbeutung, schwerer Arbeit und Fremdbestimmung befreit.

Hervorzuheben sind im Buch von Vilmar die mitunter schwer zugänglichen Dokumente zu den einzelnen Kapiteln und die sorgfältig ausgewerteten Diskussionsbeiträge, speziell zu den Referaten von Kaminsky, Thorsrud und Fürstenberg; zu bemängeln ist das etwas unübersichtliche Inhaltsverzeichnis.

Klaus Gülden

Demokratischer Sozialismus und
Langzeitprogramm
Diskussionsbeiträge zum Orientierungsrahmen '85 der SPD Hrsg.
von Rudolf Scharping und Friedhelm
Wollner.

Rowohlt Verlag, Reinbek 1973, 158 S., 3,80 DM
(rororo-aktuell 1713)

Die 13 Autoren, alle mehr oder minder renommiert der Partei-Linken zugehörig, eint die Überzeugung, daß „eine Politik des demokratischen Sozialismus . . . langfristig zur Überwindung kapitalistischer Herrschaftsformen führen“ müsse und daß dies „nur auf der Grundlage unserer freiheitlichen Verfassung geschehen“ könne. Alle anderen Wege verbieten sich für die Autoren, „nicht nur aus Verfassungstreue“, sondern aus ihrem Konsens, „daß in einer hochindustrialisierten Gesellschaft nur der freiheitliche Sozialismus seinem Wesen nach sozialistisch“ (1) sei.

Die Ablehnung jeder Art von Revolutionsstrategie — von *Horst Heidermann* in seinem einleitenden Beitrag als „systemstabilisierend und nur für Intellektuelle faszinierend, nicht für Arbeiter“ (22) charakterisiert — zieht sich durch alle Beiträge des Buches. Statt dessen benennen die Autoren die evolutionäre „Strategie systemüberwindender Reformen“ als das geeignete Mittel der Transformation des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in ein sozialistisches. Dabei werden die parlamentarische Demokratie und der Staat als „unentbehrliche Instru-

mente" (28) dieser Reformstrategie, ja als ihre Voraussetzung, bezeichnet.

Hier ergibt sich die engste Berührung mit dem Langzeitprogramm, dessen rudimentäre und unkritische Staatstheorie den Staat freilich als großem Zampano erscheinen läßt, der bei Erhaltung der unternehmerischen Planungs- und Investitionsfreiheit die Gesellschaft nach den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung gestaltet. Was dabei herauskommt, erweist die gegenwärtige Praxis der Sozialdemokratie.

Hier setzen die Autoren des Bändchens an. So analysiert etwa *Henning Scherf*, der Bremer SPD-Landesvorsitzende, die Forderung des Langzeitprogramms nach einer drastischen Erhöhung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt. Er zeigt auf, daß eine solche Erweiterung des öffentlichen Korridors ein ungeeignetes „Vehikel" (96) sei, die gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen, wenn es nicht in Zusammenhang gesehen werde mit einer zentralen Rahmenplanung und einer „dezentralen sowie regionalen Investitionslenkung bei weitgehender Demokratisierung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel auf gesamtgesellschaftlicher sowie betrieblicher Ebene" (93). Die als „historisch" deklarierte Sozialisierungsforderung tritt bei Scherf auf Grund der Erfahrungen mit bestehenden gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ganz in den Hintergrund.

Die Beiträge zur Umweltkrise (*Oskar Lafontaine* | *Rudolf Scharping*), zur Bildungsreform (*Horst Brandt* | *Eckard Kuhlwein* | *Rainer Naudiet*), zur Familienpolitik (*Sophie von Behr*) und zum Bodenrecht (*Peter Conradi*) zielen in die gleiche Richtung: Auch sie erweisen, daß die tragenden Begriffe des Langzeitprogramms — etwa „Verursacherprinzip" oder „Chancengleichheit" — zu kurz gegriffen sind, gemessen an dem systemverändernden Anspruch der Partei.

Besonderes Interesse darf *Georg Beez* für seine Thesen zu „Staatsfunktionen — politische Planung und Demokratie" bean-

spruchen. Beez macht deutlich, daß „Staat und Wirtschaft . . . als System unauflösbar miteinander verflochten (seien) und eine qualitative Veränderung des Gesellschaftssystems . . . nur durchgängig in Staat und Wirtschaft gemeinsam" möglich sei, nicht aber „isoliert in Teilbereichen" (52). Daher dürfe eine systemverändernde Strategie nicht nur auf eine „Demokratisierung des Wirtschaftssystems" abzielen, sondern müsse zugleich eine „Veränderung staatlicher Fundamentalstrukturen" anstreben (52), die eine Veränderung der „Arbeits- und Organisationsstruktur in Parteien, Verwaltungen und Parlamenten" als notwendige Voraussetzung für eine politische Planung im Interesse der abhängig Beschäftigten einschließe. Der Staat müsse die „Rolle des Vermittlers demokratisch legitimierter Planungsprozesse" übernehmen; damit komme es auch zu einer „Änderung des Systems der Konfliktaustragungsprozesse und damit der Machtverteilung" (57).

Diesen theoretischen Ansatz sähe man gerne präzisiert; doch leider wird er von den anderen Autoren nicht weiter verfolgt. Gleichwohl: ein durch und durch vernünftiges Buch. Ein Buch nicht nur für Langzeitplaner und Sozialdemokraten.

Thomas Schrö'er

Buchanzeigen

Bomsdorf, Eckart: Bestimmungsfaktoren der Lohndrift. Eine Analyse für den Bereich der Industrie in der Bundesrepublik Deutschland, Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, Band 45, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1972, br., 102 S., 19.80 DM.

Der Autor untersucht Auslöser und „Motor" der Lohndrift, d. h. des Auseinanderklaffens von Tarif- und Effektivlohn auf Zeitpunkt und Zeitablauf bezogen.

Deist, Heinrich: *Wirtschaft von morgen*. Hrsg. von G. Stümpfig. *Internationale Bibliothek, Band 69*, Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Berlin und Bonn-Bad Godesberg 1973, 171 S., ca. 15,— DM.

Neuaufgabe des Deistschen Versuchs von 1959, sozialdemokratische Wirtschaftspolitik von grundsätzlichen Überlegungen her zu formulieren.

Farke, Wolfgang: *Öffentliche Bedeutung privater Wirtschaftsunternehmen und Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Schriften zum Wirtschafts-, Handels-, Industrie-, Band 8*, Carl-Heymanns-Verlag KG, Köln, Berlin, Bonn, München 1973, kart., 153 S., 58,— DM.

Der Autor geht u. a. der Frage nach, welchen Stellenwert dem Gedanken der Sozialpflichtigkeit des Unternehmenseigentums im Kohlegesetz und im Neuordnungsvertragswerk zukommt.

Kern, Manfred: *Konzertierte Aktion als Versuch einer Verhaltensabstimmung zwischen Regierung und Wirtschaftsverbänden. Untersuchungen, Heft 24*, Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Redaktion Dr. Harriet Hoffmann, Köln 1973, 97 S.

Kern kommt zu dem Ergebnis, daß der Versuch eines systematischen und freiwilligen Zusammenwirkens von Regierung und Wirtschaftsverbänden die mit ihm verbundenen Erwartungen nicht erfüllen konnte.

Krüper, Manfred: *Wachstum und Terms of Trade. Faktorakkumulation und Technischer Fortschritt im Rahmen der Außenhandelstheorie und deren Bedeutung für die Erklärung der Terms of Trade — Entwicklung zwischen armen und reichen Ländern*, *Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 201*, Duncker & Humblot, Berlin 1973, 136 S., 48,— DM.

In dieser überarbeiteten Fassung seiner Bochumer Dissertation unternimmt Krüper den Versuch, einen wichtigen Teil

der „reinen“ Außenhandelstheorie wissenschaftstheoretisch zu untersuchen.

Kruk, Max: *Die großen Unternehmer. Woher sie kommen, wer sie sind, wie sie aufsteigen*. Societäts-Verlag, Frankfurt/M. 1972, Ln. 288 S., 26,— DM.

Kruks Buch ist das Ergebnis aus einer Umfrage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung bei allen führenden Männern der deutschen Großunternehmen.

Sik, Ota: *Argumente für den dritten Weg. Reihe Standpunkt — Analysen, Dokumente, Pamphlete*. Hoffmann & Campe Verlag, Hamburg 1973, Paperback, 212 S., ca. 10,— DM.

Der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident der CSSR und bekannte Wirtschaftstheoretiker legt hier die — um eine Reihe neuer Argumente erweiterte — Zusammenfassung seines Buches „Der dritte Weg“ vor.

Vogt, Winfried (Hrsg.): *Seminar: Politische Ökonomie. Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie*. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Nr. 22, Frankfurt 1973, 333 S., 9,— DM.

Der Band vereint Kritiken aus unterschiedlicher Sicht an der bürgerlichen Nationalökonomie. Beiträge u. a. von John K. Galbraith, Gerhard Kade und Paul M. Sweezy.

Zinn, Karl Georg: *Wohlstand und Wirtschaftsordnung. Erträge der Forschung, Band 14*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1972, 122 S.

Thematische Schwerpunkte sind: Planwirtschaft und Marktwirtschaft als historische Ordnungsformen; Die theoretische Diskussion über die „richtige“ Wirtschaftsordnung; Die realen Wirtschaftsordnungen sozialistischer Systeme; Das Problem der armen Länder. HOH